

Wirkungen der Bewältigungsstrategien der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Gleichstellung

Die Wirkungen der Bewältigungsstrategien der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Gleichstellung, war zentrales Thema beim Treffen der Gender Mainstreaming Expertinnen International (GMEI) im Juni 2010.

Wem die deutschen Konjunkturprogramme zu gute kommen und welche Vor- bzw. Nachteile sich für Frauen und Männer daraus ableiten lassen, wurde in zwei jüngst erschienen Studien unter einer geschlechterpolitischen Perspektive untersucht.¹

Mara Kuhl erstellte im Auftrag des Arbeitsbereichs Frauen- und Geschlechterforschung der Friedrich-Ebert-Stiftung eine budgetorientierte Gender-Analyse der Konjunkturpakete I und II durch. Gabriele Schambach untersuchte im Auftrag der Hans Böckler Stiftung die beschäftigungsrelevanten Aspekte der Konjunkturpakete für Frauen und Männer.

Beide Studien kommen zum Ergebnis, dass die staatlichen Maßnahmen zur Abfederung der Wirtschaftskrise die Lebensrealitäten von Frauen - welche immerhin die Hälfte der Bevölkerung ausmachen – unzureichend berücksichtigen. Die Konjunkturpakete zeigen einen Trend zur Stabilisierung von Ungleichheitslagen zwischen Frauen und Männern und zur Stärkung retraditionalisierender Gesellschaftsstrukturen.

Die von Gabriele Schambach durchgeführte Studie untersucht die Beschäftigungsstruktur der sozialversicherungspflichtigen Frauen und Männern aus den Wirtschaftszweigen und Beschäftigungsbranchen, die bis Mitte Januar 2010 von den Konjunkturpaketen profitieren können. Die Ergebnisse zeigen, dass die Konjunkturpakete überwiegend Branchen mit höherem Männer- als Frauenanteil zugute kommen können. Bei einem Männeranteil von 72 Prozent gegenüber 28 Prozent Frauen in den untersuchten Branchen zeigt sich eine deutliche Schieflage der Begünstigung am Arbeitsmarkt sowie für die gesamte wirtschaftliche Stabilisierung und zukünftige Entwicklung. So waren Unterstützungsmaßnahmen für frauendominierte zukunftsweisende Wirtschaftszweige (z.B. Gesundheits- und Sozialwesen) in den Konjunkturpaketen nicht vorgesehen. Sie gelten nach herkömmlicher Definition als konjunkturunabhängig. Was dabei übersehen wird, dass die frauendominierten Branchen zeitversetzt von der Wirtschaftskrise betroffen sein können, wenn steuerliche Mindereinnahmen der öffentlichen Hand und nachlassende Binnennachfrage aufgrund steigender Arbeitslosigkeit zu Sparmaßnahmen führen. Als weiteres Ergebnis ließ sich feststellen, dass trotz der beschäftigungsrelevanten Maßnahmen der Konjunkturpakete die Beschäftigung in den geförderten männerdominierten Branchen zurück ging.

¹ Kuhl, Mara (2010): Wem werden Konjunkturprogramme gerecht? : Eine budgetorientierte Gender-Analyse der Konjunkturpakete I und II ; Expertise im Auftrag des Arbeitsbereiches Frauen- und Geschlechterforschung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07230.pdf>

Schambach, Gabriele (2010): Gender in der Finanz- und Wirtschaftskrise. Beschäftigungsrelevante Aspekte in den Konjunkturpaketen der Bundesregierung für Frauen und Männer, Expertise für die Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf/Berlin, http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-285-3-1.pdf

Eine Stabilisierung des Ungleichgewichts in den Geschlechterverhältnissen zeigt sich außerdem in der Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse in frauendominierten und konjunkturunabhängigen Wirtschaftszweigen. Als Folgen der Wirtschaftskrise für diese Branchen, die als moderater Rückgang der Beschäftigung bezeichnet werden, sind eine Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse zu verzeichnen (Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung), von denen Frauen wesentlich häufiger betroffen sind als Männer.

Fazit: Die Ausrichtung der Konjunkturpakete stabilisiert den ohnehin schon geschlechtlich segregierten Arbeitsmarkt sowie die Schiefelage in den Beschäftigungs- und Einkommensverhältnissen zwischen Frauen und Männern. Gleichberechtigte gesellschaftliche und ökonomische Partizipations- und Zugangschancen von Frauen und Männern werden damit nicht befördert.

Mara Kuhl hat in ihrer Analyse in einem ersten Schritt das Gesamtbudget der Konjunkturpakete (rd. 187 Milliarden €) nach den Ausgabenkategorien (Finanzhilfen, Steuererleichterungen und direkte Ausgaben) unterteilt und danach gefragt, an wen diese Mittel gehen. Als interessantes Ergebnis zeigt sich, dass 67 Prozent der Mittel Finanzhilfen für Unternehmen umfassen, die zum Großteil (93 Prozent) die Privatwirtschaft unterstützen. Die restlichen 7 Prozent waren Förderungen für die öffentliche Hand. Steuererleichterungen machen 10 Prozent der Gesamtmittel aus. Davon profitiert die Privatwirtschaft mit 38 Prozent. Der größere Anteil von 62 Prozent geht an die privaten Haushalte. Die verbleibenden 23 Prozent aus dem Gesamtbudget werden als direkte Ausgaben verbucht. Die öffentliche Hand erhält aus diesem Budget 49 Prozent, 34 Prozent gehen in die Privatwirtschaft und 17 Prozent kommt den privaten Haushalten zu gute. In einem zweiten Schritt werden die Einzelmaßnahmen der Ausgabenkategorien einer Gender-Analyse unterzogen. Gefragt wurde, welchen Personen(gruppen) durch welche Fördergelder aus den Konjunkturpaketen eine direkte oder indirekte finanzielle Unterstützung erhalten. Zusammenfassend zeigt sich eine Ungleichverteilung der Mittel zwischen Frauen und Männern bei den direkten Ausgaben. Sie gehen überproportional an Männer. 45 Prozent der Maßnahmen wurden nach dem Qualitätskriterium der Gleichstellung negativ bewertet und nur 6 Prozent der Maßnahmen erhielten eine positive Bewertung.

Bei den Steuererleichterungen wurden 54 Prozent der Maßnahmen nach den Gleichstellungskriterien als positiv und 8 Prozent als negativ bewertet. Hier profitieren zwar von einzelnen Maßnahmen wie z.B. bei der Aussetzung der Kfz-Steuer Männer wesentlich mehr als Frauen, jedoch ist in diesem kleinen Bereich die Verteilungsgerechtigkeit insgesamt ausgewogener.

Demgegenüber werden die Maßnahmen aus den Finanzhilfen, welche die größte Summe ausmachen, aus gleichstellungspolitischer Sicht als negativ beurteilt. Hier wurden die Regelungen zur Verteilung der Mittel für öffentliche Aufträge und für Finanzierungshilfen an die Wirtschaft nach Gleichstellungskriterien bewertet. Ein Ungleichgewicht zeigt sich hier vor allem darin, dass der Zugang zu Finanzmitteln von Männern dominiert und organisiert wird. Frauen sowie frauendominierte Wirtschaftsbereiche sind in den Entscheidungsgremien der finanzverteilenden Stellen (u.a. Deutschlandfonds) kaum repräsentiert. Die Definitionsmacht, welche Wirtschaftszweige als besonders unterstützungswürdig gelten, liegt in (wenigen) Männerhänden, die männerdominierte Branchen repräsentieren. Die Ergebnisse zeigen detailliert, wie die Geschlechterperspektive in Budgets und

Maßnahmen wirken und wo sie Schieflagen im Geschlechterverhältnis befördern. Zusammenfassend zeigt sich, dass

- im Bereich Verkehr die geplanten Erleichterungen vorwiegend männlichen Nutzern zugute kommen,
- auf dem Arbeitsmarkt vor allem Normalarbeitsverhältnisse gesichert werden, die einer überwiegend männlichen Teilgruppe zuzurechnen sind,
- in den Gremien, die über die Fördermittel entscheiden, ausschließlich Männer und männlich dominierte Branchen repräsentiert sind,
- die Förderung der Breitbandtechnologie durch männlich konnotiertes Denken geprägt ist, was die Effizienz dieser Strategie erheblich mindern wird und
- das gesamte Feld der unbezahlten Arbeit, vor allem der Care-Arbeit, nur punktuell von den Milliarden betroffen wird, was angesichts des dort vorhandenen Investitionsstaus unbegreiflich ist.

Gleichstellungspolitisch optimal wäre es gewesen, wenn die Maßnahmen in den Konjunkturprogrammen vor ihrer Verabschiedung auf die gleichstellungspolitischen Wirkungen hin überprüft worden wären.

Fazit: Die fachlichen Unzulänglichkeiten bei der Ausgestaltung der Konjunkturpakete verstärken gesellschaftliche negative Entwicklungen wie die geschlechterbezogene Segregation am Arbeitsmarkt. Sie befördern den Ausschluss an gesellschaftlicher Teilhabe von Frauen und weniger privilegierten Personengruppen. Die traditionelle Verteilung von bezahlter und schlecht bzw. unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen zuungunsten letzterer wird verschärft. Die Arbeitsbelastung der privaten Care-Ökonomie als Folge der konjunkturpaketbedingten Umverteilung von staatlichen Ressourcen auf ausgewählte Wirtschaftszweige wird verstärkt. Die fehlenden Mittel führen zu einer Reduktion in den Bereichen Betreuung, Bildung und Integration.

„Traditionelles Wirtschaftsdenken“ dominiert bei der Krisenbewältigung, innovative Impulse aus geschlechterpolitischer Sicht wurden nicht aufgegriffen.

(Ingrid Schacherl)